

Politischer Kurswechsel mit dem Kandidaten Steinbrück ?

Vor ihrer Reise nach Griechenland pocht Kanzlerin Merkel noch einmal auf die strikte Erfüllung der Sparauflagen: „Sparen, sparen und zahlen“ und fordert die Regierung Samaras auf, an dem „harten Sparkurs und einschneidende Strukturereformen“ und vor allem weiteren „Arbeitsmarktreformen“ festzuhalten. Wie in einem Chor besteht die Troika zugleich auf der Erfüllung ihres Memorandums und das deutsche Direktoriumsmitglied der EZB, Asmussen, mahnt zu „weiteren harten Sparmaßnahmen“.

Doch Merkel wurde von Samaras vor allem eingeladen, damit sie ihm den Rücken stärke gegen die permanente Erhebung der Volksmassen, gegen das Troika-Memorandum und gegen die Regierung, die dieses umzusetzen versucht. „Frau Merkel kommt nicht, um Griechenland, sondern um die baufällige Regierung Samaras zu stützen“, konstatiert Alexis Tsipras, Vorsitzender des linken Parteienbündnisses Syriza.

Dass sich die Regierung in Portugal nach den Massendemonstrationen gezwungen sah, die geplante Erhöhung der Sozialabgaben für die Arbeitnehmer zurückzunehmen, war ein Warnschuss für alle. Die nicht abreißende Welle von Streiks in Griechenland wie auf der gesamten iberischen Halbinsel haben die IFW-Chefin Lagarde dazu getrieben, jetzt Griechenland zwei weitere Jahre zur Bewältigung der angedachten Haushaltskonsolidierung zuzugestehen – und Merkel musste wie die gesamte EU das IWF-Machtwort akzeptieren.

In Deutschland sieht sich Merkel mit der massiven Ablehnung der Euro-Rettungsprogramme konfrontiert, die immer neue Milliardenströme für Banken und Spekulanten freigeben, während die Bevölkerung den Tag auf sich zukommen sieht, an dem ihr die ganze Rechnung dafür präsentiert wird.

Während Merkel neue Bundestagsabstimmungen über neue Milliardenpakete und Spardiktate fürchtet und so weit wie möglich hinaus zögert, kann sie aber nicht verhindern, dass die Kämpfe gegen die unter dem politischen Druck von ESM und Fiskalpakt und der Rezession verschärfte Sparpolitik, Senkung der Arbeitskosten und Prekarisierung und Entlassungen sich ausweiten.

In der Situation kommt ihr die Ausrufung Steinbrücks zum Spitzenkandidaten zur Hilfe. Er unterstützt Merkel sofort bei ihrem Druck auf die volle Umsetzung des Verelendungsdiktats der Troika gegen das griechische Volk. Er stellt – falls bald not-

wendig – eine Zustimmung der SPD-Fraktion, freilich unter härteren Bedingungen, für neue Hilfsmilliarden „für Griechenland“ in Aussicht.

Steinbrück steht „mit Stolz“ für die Umsetzung der Agenda-Politik Schröders, danach für deren Verschärfung und Umsetzung in der Großen Koalition unter Merkel und hat damit die entschiedene Ablehnung von Millionen SPD-Wählern und -Mitgliedern und der Gewerkschaften provoziert. Er hat Merkel schließlich bei der Durchsetzung von ESM und Fiskalpakt gegen den Widerstand aus der SPD und den Gewerkschaften geholfen, die das Instrumentarium bereitstellen, allen Völkern Europas - und auch dem deutschen - die brutale Form einer Super-Agenda-Politik zu diktieren.

Als Spitzenkandidat der SPD hat er den Auftrag, Widerstände gegen die Fortsetzung der Agenda-Politik und gegen ESM und Fiskalpakt zu kanalisieren und in eine kritische Unterstützung für seine Kandidatur umzuleiten.

In seiner ersten Bundestagsrede als nominierter Kandidat der SPD betont Steinbrück mit unerbittlichem Nachdruck: „Deutschland wird mit Blick auf Griechenland weitere Verpflichtungen übernehmen müssen“ und fordert von Merkel: „Sagen Sie das endlich den Menschen!“

Steinbrück ist im Namen der SPD (!) bereit, allen Verpflichtungen für die Auspressung der Arbeitnehmer und Völker für die Banken und Finanzfonds nachzukommen. Und er ist auch bereit, das Volk dafür zahlen zu lassen. Der Regierung Merkel wirft er vor: „Besonders gern schaut die Regierung weg, wenn es um die eigenen Hausaufgaben geht. Es gibt von dieser Bundesregierung keine Vorreiterrolle beim Schuldenabbau in Europa.“ Er hingegen steht für die Forderung, „die Schuldenbremse des Grundgesetzes deutlich vor 2016 einzuhalten und diese Vorreiterrolle für Deutschland zu dokumentieren.“

Was Steinbrück jetzt auch noch nicht zu sagen wagt, worauf er aber die SPD in einer kommenden Regierung vorbereiten will, ist die Aufgabe, mit der verschärften Schuldenbremse des Fiskalpaktes und der vollen Umsetzung der beiden europäischen Verträge endlich eine „Vorreiterrolle in Europa“ spielen zu müssen.

Der DGB-Vorsitzende Sommer hat sich von Steinbrück als Spitzenkandidaten distanziert, weil dieser die Agenda-Politik als „gute Sache“ lobt. Wie aber ist

es da zu verstehen, dass der DGB bei Steinbrück auch „Verbindendes und zu Unterstützendes“ sieht und darum eine sozialkritische und fordernde Begleitung seiner Kandidatur signalisiert - in Erwartung eines „politischen Kurswechsels“ nach der Wahl 2013?

Daraus folg aber als Konsequenz, sich dem Griff der Arbeitnehmer nach ihren Gewerkschaften für die Organisation ihres Kampfes heute gegen die Verschärfung von Schuldenbremse und Spardiktat, Lohnverzicht und Tarifflicht, Prekarisierung und Entlassungen zu verweigern, in denen allein die Bedingungen geschaffen werden können für die Abwehr der mörderischen Verträge ESM und Fiskalpakt. Und damit den Weg für einen wirklichen politischen Kurswechsel zu öffnen.

Kollegen des ver.di Arbeitersausschusses sprechen zweifellos für eine große Mehrheit von ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftskollegInnen, wenn sie erklären: „Wenn es keine klare Abkehr von der Rente mit 67 und der Absenkung der Rentenquote in der SPD gibt (...) ist die SPD nicht wählbar (...), wird es keine Unterstützung von weiten Teilen der Gewerkschaften für die SPD zur Bundestagswahl geben.“

SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen, die zu der Nationalen Konferenz am 26. Januar in Berlin einladen, rufen alle GenossInnen und KollgeInnen auf, sich gemeinsam zu engagieren im Kampf für die Einheit der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen gegen alle Sparmaßnahmen, für die Aufhebung der Schuldenbremse, gegen die Zersetzung der Tarifverträge, Niedriglöhne und Entlassungen.

Einzutreten für Kandidaten der SPD zum Bundestag, die sich den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend und der politischen Demokratie, der Verteidigung der Souveränität der Völker, verpflichtet wissen. Denn so kann die Kraft für den wirklichen politischen Kurswechsel mobilisiert werden, um die Regierung Merkel zu kippen und eine Regierung der gesellschaftlichen Mehrheit zu erkämpfen, die Schluss macht mit der Kaputtspartpolitik der Schuldenbremse, mit Lohndumping und Prekarisierung, wie mit den Diktaten der EU und ihrer Verträge, um die sozialstaatlichen Errungenschaften und die Demokratie und Souveränität wiederherzustellen und zu verteidigen.

Carla Boulboulé